



Conseil de politique des sciences sociales (CPS)

Wissenschaftspolitischer Rat der Sozialwissenschaften (WRS)

Eine Stellungnahme der Schweizer Sozialwissenschaften zum Arbeitsauftrag der Gruppe Schuwey

Erstellt durch den Wissenschaftspolitischen Rat der Sozialwissenschaften der SAGW

September 2001

Inhalt	Seite
I Sozialwissenschaften sind Zukunftswissenschaften	2
II Die generelle Ausbildungssituation	3
III Hochschul- und Forschungsorganisation	7
IV Forschungsförderung und Forschungsmöglichkeiten	9
V Die Sozialwissenschaften im Wissenschaftssystem	11
VI Die Vertretung der Sozialwissenschaften	14

Die Leitfragen der Arbeitsgruppe Schuwey beziehen sich auf die generelle Ausbildungssituation, die Organisation der Hochschulen, die Forschungsmöglichkeiten sowie das Verhältnis von Geistes- und Sozialwissenschaften. Die im folgenden aufgeführten Antworten beruhen auf einer synthetischen Auswertung der vorliegenden Dokumente der SAGW, ihrer Mitgliedsgesellschaften und weiterer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Einleitend führen wir ein paar grundsätzliche Überlegungen zur Stellung der Sozialwissenschaften in der Gesellschaft auf.

I Sozialwissenschaften sind Zukunftswissenschaften

Das vergehende Industriezeitalter war von der Vorstellung der technischen Machbarkeit und dem Hauptkriterium des technologisch-ökonomischen Fortschritts geprägt und befangen. Die Natur- und Ingenieurwissenschaften hatten einen entsprechend hohen Stellenwert in der Gesellschaft und in der Wissenschaftsförderung. Mit dem Ausklang des Industriezeitalters wird die Aufmerksamkeit immer mehr auf Fragen der Entwicklung der Menschen und ihres Zusammenlebens und -wirkens in immer differenzierteren und komplexeren lokalen, regionalen, nationalen und globalen Konfigurationen gelenkt. Die Entfaltung der wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaften hat die Strukturen, Kulturen und Institutionen der Industriegesellschaft unterminiert und für Einzelne sowie für Organisationen völlig neue Vorstellungen, Möglichkeiten, Aspirationen und Optionsspielräume geschaffen.

Nur einige Hinweise. Im Industriezeitalter deckten sich die Räume des Marktes und der Demokratie – die beiden Pfeiler der „freien Gesellschaft – weitgehend; im Prozess der Globalisierung trennen sie sich : der Markt wird global, die Demokratie bleibt in nationalen oder regionalen Schranken verhaftet. Die Industriegesellschaft basierte auf der Akkumulation von materiellem Kapital; die sich entwickelnde Formation und ihre Komponenten sind viel mehr von der Akkumulation von „Humankapital“ abhängig, d.h. vom Wissen, Können und Wollen und von der Kreativität einer Mehrzahl von Einzelnen, in Gruppen oder Organisationen. Die Individualisierung hat enorm zugenommen und geht mit steigender Segmentierung, Differenzierung und Pluralisierung einher; Gesellschaften werden nicht nur komplexer, sondern auch unübersichtlicher, risiko- und konflikträchtiger. Alte Grenzen verwischen sich; Netzwerke verbinden und durchdringen früher in sich geschlossene Einheiten oder lösen sie auf. Traditionelle Ungleichheits- und Spannungsstrukturen verschwinden; neue - z.T. noch unerkannte oder unbenannte - erscheinen und durchbrechen hergebrachte Loyalitäts- und Solidaritätsmuster und -strukturen des Zusammenlebens zwischen den Generationen, den Geschlechtern und den gesellschaftlichen Klassen. So haben sich z.B. die akzeptierten Vorstellungen über Mann und Frau, die Rollen der Geschlechter und die Formen des Zusammenlebens innerhalb zweier Generationen radikal geändert und diversifiziert, was sich sowohl in der Demographie, wie in der Alltagskultur, in Wirtschaft, Bildung und Erziehung niederschlägt. Daneben wirft der wissenschaftliche Fortschritt immer öfter die Frage auf, wie welche der zahlreichen neuen Technologien genutzt werden sollen (z.B. Genforschung, Stammzellentherapie). Usw.

Solche Entwicklungen in ihren Ursachen, Prozessen und Folgen empirisch zu untersuchen, zu beschreiben und analysieren, zu verstehen und zu deuten, wo möglich zu antizipieren, ist das

Kerngeschäft der Sozialwissenschaften. Moderne Menschen, Organisationen und Gesellschaften verstehen sich zunehmend als autopoietische Systeme (als machbar, steuerbar, veränderbar). Sie brauchen deshalb ständig eine tiefere und differenziertere Kenntnis von sich selbst und ihrem Wandel. Ohne sozialwissenschaftliche Forschung laufen sie Gefahr, dass trotz demokratischen Institutionen die Entfesselung ihres innovativen Potentials selbstzerstörend wirkt und letztendlich auch den wirtschaftlichen Wohlstand und die soziale und politische Stabilität, ja sogar die Existenz der Menschheit überhaupt gefährdet. Dieses Bewusstsein hat sich erheblich verstärkt: zur Bewältigung der Herausforderungen der nachindustriellen Gesellschaft sind sozialwissenschaftliche Kenntnisse unerlässlich.

Die Expansion der Gesundheits- und der Bildungswesen ist wohl bekannt. Daneben hat sich aber auch eine grosse Vielfalt von professionellen Interventionen in psychologischen, psychosozialen, organisationellen und allgemein wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen entwickelt, die meist sozialwissenschaftlich fundiert sind. Der Trend moderner Gesellschaften in Richtung vermehrter Aufmerksamkeit für die Produktion, (Selbst)Kenntnis, Information, Behandlung, Betreuung und Pflege von Menschen und Steuerung ihrer Organisationsformen wird damit exemplarisch belegt. In der aufkommenden „Wissens- und Lerngesellschaft“ kommt den Sozialwissenschaften offensichtlich, neben den Natur- und Lebenswissenschaften, eine vorrangige gesellschaftliche Bedeutung zu, die sich auch in der Ausbildungs- und Wissenschaftspolitik niederschlagen muss.

Wie schon in der Vergangenheit kann und muss der Bund – als nationaler Akteur mit internationalem Horizont - in dieser Situation eine **Pionierfunktion** wahrnehmen. Zum Teil tut er dies schon, wenigstens indirekt. So dokumentiert und beklagt er z.B. in seinen Berichten die ungenügende Entwicklung der Sozialwissenschaften an den Universitäten schon seit Anfangs der siebziger Jahre regelmässig. Er hat Signale zur Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung gesetzt, sei es über die nationalen Forschungsprogramme oder kürzlich über das Schwerpunktprogramm (SPP) „Zukunft Schweiz“, und er hat auch die sozialwissenschaftlich relevanten Daten der öffentlichen Statistik signifikant erweitert und verbessert. Die kantonalen Universitäten und Hochschulen haben zwar ihrerseits ihr Engagement für die Sozialwissenschaften in letzter Zeit verstärkt, bzw. sind daran, es zu verstärken¹. Doch sind diese Entwicklungen äusserst langsam und noch ziemlich erratisch. Angesichts der gegenwärtigen Lage der Sozialwissenschaften, die in einem andern Dokument geschildert wurde², muss der Bund in

1 Martin Lengwiler : *Sozialwissenschaftliche Forschungsförderung an schweizerischen Hochschulen*, SPP ‘Zukunft Schweiz’, September 2001

2 Conseil Politique des Sciences sociales (CPS) : *Strukturelle Differenz und Mittelallokation. Sozial- und Naturwissenschaften im Vergleich*, Juli 2001

diesem Bereich noch direkter handeln. Im folgenden wird in dieser Hinsicht zwischen *kurzfristig* (Zeitraum 2003-2007) und *langfristig* (Horizont 2011) notwendigen Massnahmen unterschieden.

II Die generelle Ausbildungssituation

Sozialwissenschaftliche Allgemeinbildung

Die Bedeutung der Sozialwissenschaften ist in unserer Gesellschaft schon gross, und die nationale und internationale Forschung schlägt sich in Politik wie auch Verwaltung und Wirtschaft nieder. Aber diese Bedeutung ist wenig sichtbar und der Öffentlichkeit aufgrund mangelhafter sozialwissenschaftlicher Kenntnisse wenig bewusst. Niemand verlässt im Regelfall die obligatorische Schule ohne Grundkenntnisse der Umrisse der schweizerischen Geschichte, der Physik und der Biologie. Aber kaum jemand ist, auch am Ende einer Berufsbildung oder einer allgemeinen Ausbildung auf Sekundärstufe, in die Grundbegriffe der Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Ethnologie oder Erziehungswissenschaft eingeführt worden. Schülerinnen und Schüler erfahren mehr über Kariesprophylaxe als über die Funktionsvoraussetzungen der demokratischen Gesellschaft.

Die Sozialwissenschaften gehören nicht zu den Schulfächern; im internationalen Vergleich ist das schweizerische Schulsystem in dieser Hinsicht defizitär. Der Zugang zu sozialwissenschaftlichem Grundwissen für alle würde jedoch eine bessere Einsicht in gesellschaftliche Konfigurationen und Wechselwirkungen auf Mikro- und Makroebene fördern. Die Resultate der sozialwissenschaftlichen Forschung würden allmählich besser erkannt und rezipiert, und das im demokratischen Prozess unerlässliche kritische Denken und Handeln würde solider auf Befunde über komplexe Zusammenhänge gestützt. Zugleich würde auch die Orientierung der Jugendlichen in der breiten Konstellation von Berufs- und Karrieremöglichkeiten auf eine bessere Kenntnis dieser Wissensbereiche fundiert.

Massnahmen:

Kurzfristig

- In der Berufsbildung, die direkt in seinem Verantwortungsbereich liegt, soll der Bund auf Sekundär- und auf Tertiärstufe (v.a. in den technisch und wirtschaftlich orientierten Fachhochschulen) für alle Absolventen eine sozialwissenschaftliche Grundausbildung einführen.

- Zusammen mit der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) soll der Bund eine Reform der Maturitätsanerkennung bewirken, in der auch eine sozialwissenschaftliche Grundausbildung der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten verankert wird.
- Die Ausbildung entsprechender Lehrkräfte und die Konstruktion einer sachgemässen Methodik und Didaktik der Sozialwissenschaften sollen unverzüglich an die Hand genommen werden.

Langfristig:

- Zusammen mit der EDK soll der Bund auf die Gestaltung der kantonalen Schulwesen, u.a. im Sinne einer Modernisierung der Lehrpläne einwirken, die auch sozialwissenschaftliche Fächer beinhalten sollen.

Universitäre Ausbildung

Das zentrale Problem der Sozialwissenschaften im universitären Bereich liegt in der Kluft zwischen schwacher Ressourcenausstattung und grossen Studierendenzahlen. Der Schlüssel zur Lösung dieser Probleme liegt – mit Ausnahme der Eidg. Technischen Hochschulen - bei den Universitäten und den jeweiligen kantonalen Regierungen. Diese müssten entweder mit Zugangsbeschränkungen oder durch Ressourcenverbesserungen reagieren. Ersteres ist politisch schlecht vertretbar. Katastrophal wäre jedenfalls eine weitere Einschränkung der Forschung zugunsten der Ausbildung; die Grenzen sind hier erreicht, da und dort bereits überschritten. Die universitären Institutionen der Sozialwissenschaften würden damit unterminiert und schweizerische Universitäten wären für forschungsaktive und international orientierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr attraktiv. Da die Kantone in der jüngeren Vergangenheit den notwendigen Ausbau der Sozialwissenschaften nicht oder nur unzureichend erreicht haben, muss der Bund eine Pionierfunktion wahrnehmen und die Leistungsdefizite der Kantone im Interesse des Landes kompensieren.

Es gibt auch in den höheren universitären Schulen einen steigenden Bedarf an sozialwissenschaftlicher Allgemeinbildung für Studierende in andern Wissensbereichen. Im Rechts- und Wirtschaftsstudium hat sich diese Entwicklung schon stark verbreitet. Auch in den medizinischen Fakultäten finden die Sozialwissenschaften vermehrt Eingang, weniger jedoch in den naturwissenschaftlichen, mit der signifikanten Ausnahme der Eidg. Technischen Hochschulen.

Es gilt aber auch das eigentliche Fachstudium in den Sozialwissenschaften zu fördern. Dabei ist zu bemerken, dass sich in den letzten Jahren ein ausseruniversitärer Arbeitsmarkt entwickelt hat, nicht nur für Psychologen, sondern auch für Soziologen, Politologen, Ethnologen, Medien- oder

Erziehungswissenschaftler, usw. Die Berufsprofile sind teilweise noch verschwommen, aber Sozialwissenschaftler arbeiten heute sowohl in der sich entwickelnden ausseruniversitären Forschung, wie als Lehrende in Schulen für soziale Arbeit oder Gesundheitsberufe, als Analysten, Experten und Berater, oder noch als Spezialisten der psycho-sozialen oder organisationellen Intervention. Die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Allgemeinbildung auf der Sekundär- und Tertiärstufe wird in absehbarer Zukunft auch den Bedarf an geeigneten Lehrkräften steigern. Deshalb muss sich die Konzeption der sozialwissenschaftlichen Fachausbildung wohl einerseits am Nachwuchs in universitärer Forschung und Lehre orientieren, aber andererseits auch den Bedarf an einer Ausbildung von professionellen Sozialwissenschaftlern in Betracht ziehen. In verschiedenen Disziplinen und Universitäten wird dies zu einem Umdenken der hergebrachten Orientierungsmuster führen.

Massnahmen:

Langfristig

- Der Bund muss durch seine Einflusskanäle bewirken, dass die kantonalen Hochschulen eine **zukunftsfähige Universitätsstruktur und Ressourcenverteilung** entwickeln mit Fokus auf eine gezielte Aufwertung der Sozialwissenschaften, deren Stellung ihrer Bedeutung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik entsprechen muss.
- Bis ins Jahr 2011 soll eine **Angleichung der Betreuungsverhältnisse** (Wissenschaftliches Personal : Studierende) der Sozialwissenschaften an jene der Naturwissenschaften stattfinden. Konkret bedeutet dies bei gegenwärtigen Studierendenzahlen mehr als eine Verdreifachung des Lehrpersonals. Auch wenn vermehrt ausländische Kräfte herangezogen werden, kann diese Entwicklung nur langfristig sein. Aber kurzfristige Massnahmen müssen sie gezielt vorbereiten.

Kurzfristig

- müssen an den Universitäten zwischen den Jahren 2003 und 2007 **mindestens 100 zusätzliche sozialwissenschaftliche Professuren** eingerichtet und mit entsprechenden Mittelbaustellen ausgestattet werden. Wenigstens für eine Uebergangsfrist muss eine solche Aufstockung über Bundesgelder finanziert oder mitfinanziert werden. Bei der Umsetzung ist u.a. auf eine gezielte und zukunftsorientierte Differenzierung und zugleich Verknüpfung der Universitäten und der sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu achten, sowie auf eine

systematische Ausrichtung der Ausbildung am Prinzip des forschenden und/oder klinischen, praxis-orientierten Lernens.

- Die fachliche Grundausbildung soll sinnvollerweise an den kantonalen Universitäten stattfinden. Hingegen spricht gegenwärtig vieles für eine eidgenössisch organisierte Graduiertenausbildung. Der Bund soll in der nächsten Planungsperiode den Aufbau einer **supra-kantonalen Graduiertenausbildung** voll unterstützen. Die über das SPP Zukunft Schweiz entwickelten Graduiertenprogramme bilden erste Ansätze für eine ‚Universität Schweiz‘ im Bereich der sozialwissenschaftlichen Ausbildung. Sie sollten ausgebaut und vom Bund direkt oder über den Nationalfonds voll finanziert werden. Hier liegt die grösste Chance für eine nachhaltige Verbesserung der Ausbildungssituation, auch mit Blick auf die Bedürfnisse der nachfolgenden Periode, und auf die Möglichkeit, die besten Doktoranden und Doktorandinnen anzuziehen und unter guten Bedingungen zu betreuen, sowie die besten akademischen Lehrerinnen und Lehrer aus dem In- und Ausland zu gewinnen. Damit bestünde auch für Schweizer Universitätsabgänger ein Anreiz für ein Doktorat. Die Aufnahme in diese Graduiertenschulen soll leistungsabhängig sein. Die Schulen sollen allen Bewerberinnen und Bewerbern unabhängig von Ihrer Nationalität prinzipiell offen stehen.

III Hochschul- und Forschungsorganisation

Die Sozialwissenschaften sind durch andere Rahmenbedingungen der Ausbildung und Forschung geprägt als die Natur- und Lebenswissenschaften. Die Organisation der Natur- und Lebenswissenschaften hat daher keinen Vorbild- oder Referenzcharakter für die Sozialwissenschaften. Für die implizite Vorstellung, eine ‚reife‘ Sozialwissenschaft entspreche der heutigen Naturwissenschaft, gibt es keine guten wissenschaftstheoretischen Argumente. Referenzcharakter haben vielmehr die Sozialwissenschaften anderer Länder. Wobei jedoch kritisch zu prüfen ist, welche Argumente für welche Modelle sprechen. Die Kopie eines anderen Wissenschaftssystems – wie insbesondere jenes der USA – ist *a priori* weder naheliegend noch sinnvoll.

Die Vorstellung einer ‚schulenbildenden‘ Wirkung einzelner Hochschulen ist im Zeitalter internationalisierter Wissenschaft antiquiert. Schulen sind nicht mehr an Orte gebunden, sondern an überregionale und in der Regel internationale Forschungsnetzwerke. Es geht deshalb darum, innerhalb und parallel zu den kantonalen Hochschulen Ausbildungs- und Forschungsmöglichkeiten zu schaffen, die es erlauben, auf gleichberechtigter Basis an der internationalen Entwicklung teilzunehmen. Einzelne Zweige der Schweizer Sozialwissenschaften sind bereits heute

international voll wettbewerbsfähig. Dies ist v.a. auch möglich, wenn die notwendigen Infrastrukturen der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung – wie sie beispielsweise das SPP ‚Zukunft Schweiz‘ komplementär zur öffentlichen Statistik geschaffen hat – erhalten und ausgebaut werden.

Wenn die Gesamtheit der Kantone weiterhin nicht imstande ist, die Sozialwissenschaften angemessen zu fördern, wird dem Bund auch bei der Hochschulorganisation eine Pionierrolle zufallen. Die Eidgenössischen Technischen Hochschulen mussten Ende des 19. Jahrhunderts geschaffen werden, weil die Kantone die Zeichen der Zeit nicht erkannt hatten oder nicht in der Lage waren, die Ingenieur-Ausbildung zu übernehmen, ohne die in der Schweiz der Aufschwung der Industriegesellschaft gar nicht möglich gewesen wäre. Ebenso muss der Bund heute an die Schaffung von sozialwissenschaftlichen Hochschulen für die post-industrielle Gesellschaft denken.

Massnahmen

Langfristig

- Sinnvollerweise wird die Entwicklung sozialwissenschaftlicher Hochschulen nicht vordringlich über den Ausbau der Sozialwissenschaften innerhalb der ETH geschehen, sondern indem **Eidgenössische Sozialwissenschaftliche Hochschulen** mit starkem Forschungsakzent gegründet werden. Solche Institutionen müssen heutzutage keineswegs an einen einzigen Ort gebunden sein. Denkbar ist beispielsweise ein **Verbund** oder ein **Netzwerk** von spezialisierten Institutionen oder Abteilungen, die regional oder kantonale angesiedelt sind (universitär oder nicht), mit einem zentralen Knoten. Dort könnten auch die aus dem SPP ‚Zukunft Schweiz‘ entstandenen Forschungs- und Dauerbeobachtungsinfrastrukturen angesiedelt werden.
- Es soll in diesem Zusammenhang auch geprüft werden, ob es nicht sinnvoll wäre, schon bestehende, stark sozialwissenschaftlich ausgerichtete Einrichtungen, wie z.B., das Bundesamt für Statistik, SIDOS, usw., in Form von teilautonomen Instituten mit einem solchen sozialwissenschaftlichen Verbund zu verknüpfen. Es geht dabei weniger um Fusionen, als um einen die Koordination und Synergien fördernden institutionellen Rahmen für Einheiten die zwar unterschiedliche Aufgaben und Rahmenbedingungen haben, aber auch gemeinsame Interessen, Probleme und Adressatenkreise - gesellschaftlich-politischer und wissenschaftlicher Art - wie z.B. in den Bereichen gesellschaftliche Dauerbeobachtung, Datenpolitik, usw.

- Im übrigen wird die Schweiz, ebenso wie viele andere europäische Länder, weltoffene sozialwissenschaftliche **Spitzenforschungszentren** benötigen um in der internationalen Forschung mithalten zu können. Solche Institutionen wären eben in der Schweiz auch dem dringend notwendigen Brückenschlag zwischen europäischen Kulturen und Wissenschaftstraditionen förderlich. Sie sind entweder direkt vom Bund oder über den Nationalfonds zu finanzieren. Mögliche Beispiele sind das Netherlands Institute for Advanced Study in the Humanities and Social Sciences, das Wissenschaftszentrum Berlin, die Max Planck Institute oder das französische Maison des sciences de l'homme.

kurzfristig

- Die für die angesprochenen Entwicklungen notwendige **konzeptuelle und politische Grundlagenarbeit und Planung** ist unverzüglich an die Hand zu nehmen (2003-2007), mit dem Ziel, entsprechende Einrichtungen innerhalb von zehn Jahren zu schaffen.
- Der Aufbau einer **supra-kantonalen Graduiertenausbildung** ist in der gegenwärtigen Situation unverzichtbar, auch mit Blick auf die prekären Nachwuchsverhältnisse die der Wissenschaftsrat kürzlich unterstrichen hat. Sie kann nur durch den Bund oder den Nationalfonds in nützlicher Frist vorangetrieben werden. Diesbezügliche Erfahrungen im Ausland sowie die über das SPP Zukunft Schweiz entwickelten Graduiertenprogramme und ihre Evaluation bilden hier gute Grundlagen.
- Die Fortführung und der weitere Ausbau der jüngst entstandenen **Forschungs- und Dauerbeobachtungsinfrastrukturen** aus dem SPP Zukunft Schweiz, sind erste und *kurzfristig* umzusetzende, zentrale Aufgaben des Bundes. Entsprechende Eingaben wurden von den Programmgeräten bereits unterbreitet³.
- Zugleich muss zur Behebung eines wichtigen Defizits der bestehenden Infrastruktur auch die Gründung eines Kompetenzzentrums für **qualitative Forschungsansätze und -methoden** und dessen Eingliederung in den obengenannten Verbund vorgesehen werden.

IV Forschungsförderung und Forschungsmöglichkeiten

Die Nationalen Forschungsprogramme und das SPP Zukunft Schweiz waren in jüngster Zeit in der Schweiz die wichtigsten Förderungsinstrumente für die Sozialwissenschaften. Die programmgebundene oder problembezogene Forschung hat eine Reihe von wichtigen Vorteilen für die Sozialwissenschaften. Sie setzt Anreize für Innovationen in der Zusammenarbeit, sie kann

³ Sozialwissenschaftliche Forschungsinfrastrukturen, Februar 2001 ; Graduiertenprogramme und Sommeruniversität, April 2001.

Forschungskompetenz sowie Infrastrukturen entwickeln, sie fördert Interdisziplinarität und manchmal auch Interregionalität. Sie befriedigt auch den legitimen Wunsch der Öffentlichkeit nach gesellschaftlicher Sichtbarkeit und Nützlichkeit von öffentlich finanzierter Forschung. In diesem Sinne ist sie ein unverzichtbarer Bestandteil der Forschungsförderung.

Bei der künftigen Gestaltung der programmgebundenen Forschung ist jedoch zu beachten, dass die bisherigen **Entscheidungsverfahren bezüglich Themenauswahl und gezielter Forschungspolitik** aus sozialwissenschaftlicher Sicht suboptimal sind. Der Wissenschaftspolitische Rat der Sozialwissenschaften hat diese Probleme ausführlich benannt und Lösungen aufgezeigt⁴. Ein akzeptables Vorgehen besteht darin, dass die Forschungsthemen in einem Dialog zwischen Politik und Forschung definiert werden und die Bearbeitung dieser Themen dann ausgeschrieben wird. Der Ressourcenanteil der Sozialwissenschaften soll jenen Forschungsgruppen zugesprochen werden, deren wissenschaftliche Qualität in einem Verfahren der peer-group review am höchsten eingestuft wird.

Das derzeit erreichte Verhältnis zwischen programmgebundener und freier Forschung sollte jedoch nicht weiter zugunsten der programmgebundenen Forschung verschoben werden. Nach wie vor bezieht die Wissenschaft ihre Innovationsfähigkeit und Lebendigkeit aus der kompetitiven Zusammenarbeit zwischen Forschenden im internationalen Rahmen. Wissenschaftlich gewichtige Fragestellungen und Probleme werden im nationenübergreifenden Austausch der Forschenden definiert, den nationale Politiken nur wenig beeinflussen und steuern können. Will die Schweiz die Anbindung ihrer Sozialwissenschaften an die internationale Forschung verstärken, muss das Gleichgewicht zwischen autonomer Forschung, die sich an der internationalen wissenschaftlichen Entwicklung, ihren Resultaten und Standards ausrichtet, und problemorientierter Forschung verbessert werden. Nur wenn den Sozialwissenschaften in den Universitäten zugleich mehr Forschungsmittel und mehr Ressourcen für die Graduiertenausbildung zur Verfügung stehen, können die kantonalen Mittel stärker auf die fachliche Grundausbildung und die Forschung fokussiert werden.

⁴ siehe vor allem :

- Académie suisse des sciences humaines et sociales : *Le devenir des sciences sociales en Suisse*, Actes du Colloque de Neuchâtel, 23 mars 2001.
- Conseil Politique des Sciences sociales (CPS), *Drei Postulate im Hinblick auf die nächste Ausschreibungsrunde der Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) zuhanden der wissenschaftspolitischen Gremien*, Juni 2001

Massnahmen

kurzfristig

Der Bund kann im Bereich Forschung innerhalb weniger Jahre wirksame Verbesserungen erzielen, indem er vier Strategien verfolgt:

- Die schon erwähnte **Aufstockung des Lehr- und Forschungspotentials** in den Universitäten.
- Die Gründung und Finanzierung einer **gesamtschweizerischen forschungsorientierten sozialwissenschaftlichen Graduiertenausbildung**, die auch schon erwähnt wurde.
- Die **Aufteilung der Abteilung I des Nationalfonds** in zwei Abteilungen: eine für Geistes- und eine für Sozialwissenschaften.
- Eine signifikante Erhöhung der Mittel der Abteilung für Sozialwissenschaften relativ zu jenen der gegenwärtigen Abteilungen II und III, nicht durch Um-, sondern durch gezielte **Zusatzverteilung von Forschungsgeldern**.

V Die Sozialwissenschaften im Wissenschaftssystem

Letztere Forderungen stellen keineswegs eine neue Erscheinung des "boundary making"-syndroms dar, welches die internationale Expertengruppe der GEWI-Evaluation 1997⁵ in der schweizerischen Forschungslandschaft hervorgehoben hat. Sie gehen vielmehr von einer realistischen Einschätzung der wissenschaftspolitischen und forschungsfördernden Prozesse in der jüngsten Geschichte und der gegenwärtigen Situation aus. Die Forderung nach Auftrennung der Abteilung I des Nationalfonds steht übrigens auch im eben erwähnten Evaluationsbericht über die Geisteswissenschaften, und sie soll auch aus der Sicht des Wissenschaftspolitischen Rates für die Sozialwissenschaften der Förderung und Stärkung beider Wissenschaftszweige dienen.

Geistes- und Sozialwissenschaften sind zwei historisch verbundene Wissenschaftsfamilien mit zahlreichen Überlappungsbereichen, Zusammenhängen und Wechselwirkungen. Wie die von Immanuel Wallerstein geleitete *Gulbenkian Commission on the Restructuring of the Social Sciences*⁶ hervorhebt, überzeugen heute die hergebrachten Antinomien (v.a. zwischen Vergangenheit und Gegenwart, idiographisch und nomothetisch), auf denen die Trennung zwischen *humanities* und *social sciences* beruhte, nicht mehr wie früher. Dennoch bestehen zumindest organisatorische und forschungspolitische Unterschiede, die man nicht ignorieren kann.

⁵ Conseil suisse de la science : *Evaluation de la recherche en sciences humaines en Suisse*, CSS, FOP 41/1997

⁶ Gulbenkian Foundation: *Open the Social Sciences*, Report of the Gulbenkian Commission on the Restructuring of the Social Sciences, 1995

*“There is unclarity today in the classifications of the social sciences.... We certainly do not advocate abolishing the idea of divisions of labor within social science, and this may continue to take the form of disciplines. Disciplines serve a function, the function of disciplining minds and channeling scholarly energy”*⁷. Dabei wird aber auch jede Abgrenzung Anreiz zum Ueberschreiten und Verknüpfen und der Drang nach Inter- und Transdisziplinarität führt zur weiteren Differenzierung. Jeden Tag entstehen irgendwo neue Namen für Lehrstühle, Departemente, ja gar Universitäten. Diese Dynamik der wissenschaftlichen Arbeitsteilung und der daraus resultierenden Differenzierung ist international und umfasst auch alle Wissenschaftszweige, inkl. den Naturwissenschaften. Die sich daraus ergebenden Probleme können deshalb nicht allein in der Schweiz gelöst werden, jedenfalls nicht ohne Bezug auf internationale Entwicklungen.

Dazu kommt, dass in der Oeffentlichkeit das **Vertrauen in die Wissenschaft** seit dreissig Jahren allmählich zu erodieren scheint. Ursachen, Kräfte und Argumente dieser Erosion sind je nach Land, Kultur und Disziplin verschieden. Aber sie hängt wenigstens zum Teil mit einer steigenden Verunsicherung zusammen, die sich auch aus der wissenschaftlichen Entwicklung selbst und aus ihren technologischen, wirtschaftlichen und alltagspraktischen Folgen ergibt, denen manche zwiespältig gegenüberstehen. Gerade in demokratischen Gesellschaften mit immer besser ausgebildeten Bürgerinnen und Bürgern kann sich Wissenschaft nicht mehr als ein abgeschlossenes und rein den Wissenschaftlern überlassenes Gebiet definieren. Ihre Autonomie hängt vermehrt vom Vertrauen ab, welches ihr recht unterschiedliche Gruppen im gesellschaftlichen Kräftefeld entgegenbringen.

Auf dem Hintergrund von internationaler Konkurrenz, struktureller Knappheit und mangelnden Ressourcen wird in jüngster Zeit die Frage der **Qualitätsevaluation, -sicherung und -förderung** auch an die wissenschaftliche Lehre und Forschung gestellt. Es gibt jedoch dazu noch keine Patentrezepte; bestenfalls sind die gegenwärtigen Konzepte und Methoden erste Ansätze. Das hat auch das vom Wissenschaftspolitischen Rat der Sozialwissenschaften kürzlich initiierte Symposium zu diesem Thema gezeigt⁸. Grundsätzlich ist die Qualitätsfrage natürlich berechtigt. Sie ist aber äusserst komplex und zum Teil umstritten. Jedenfalls müssen ihre Ziele klar umschrieben, kommuniziert und verstanden werden, und dazu genügt wahrscheinlich ein reines Managementdenken nicht. Sie muss auch konzeptuell, methodisch und praktisch sehr differenziert angegangen werden. Geht es um die Qualität des Wissenschaftssystems Schweiz generell, einzelner Hochschulen, einzelner Fächer oder Departemente, einzelner Lehrpersonen? Welche Anteile und Rollen für externe und interne Evaluation? Welchen Einbezug welcher

⁷ *ibid.*

⁸ *Welche Qualität für die Sozialwissenschaften?*, Gurten/Bern, 16.-17. Mai 2001. Bericht im Druck.

Akteure? Das sind alles offene Fragen, die nur im Dialog beantwortet werden können. Uebrigens wird auch in diesem Bereich, oft unbewusst, massiv auf Konzepte und Methoden der Sozialwissenschaften zurückgegriffen, was einmal mehr die Notwendigkeit ihrer Förderung und ihres Einbezugs unterstreicht.

Wenn auch die Verläufe äusserst langwierig sein dürften, drängt sich auch in diesem Lande ein öffentlicher Dialog über all diese Fragen auf. Dieser Dialog setzt einerseits gleichgestellte Gesprächspartner voraus, andererseits einen Ansporn zum Gespräch. Nun sind aber gerade die schweizerischen Verhältnisse aus strukturellen Gründen ganz besonders unübersichtlich, sodass es schwierig ist, überhaupt eine differenzierte Gesamtschau zu erhalten. Deshalb drängt sich nicht zuletzt auch der Aufbau einer (sozial-)wissenschaftlich fundierten, öffentlichen **Erkenntnisbasis** (*knowledge base*) auf, welche Stand und Entwicklung der Wissenschaft in der Schweiz laufend beobachtet, und auch die wissenschafts- und universitätspolitische Diskussion mehr über Befunde als nur Meinungen, Stereotypen oder Gemeinplätze zu orientieren vermag. Auch hier muss der Bund seine Pionierfunktion wahrnehmen. Die dezentralen Strukturen des Wissenschafts- und Universitätssystems Schweiz sind Gegebenheiten, und sie haben auch ihre Vorteile. Doch gerade aufgrund dieser Dezentralität ist eine solide gesamtschweizerische Informationsbasis dringend notwendig, immer auch mit Blick auf die internationale Szene.

Massnahmen

Kurzfristig

- Der Bund soll alle Bestrebungen der Akademien nicht nur moralisch, sondern auch finanziell voll unterstützen, welche im interdisziplinären Dialog die **Diskussion über die Entwicklung der Wissenschaft**, ihrer Strukturen, Kulturen, Organisationsformen, Wechselwirkungen und Folgen auf dem internationalen Hintergrund fördern und somit die öffentliche Diskussion über Wissenschafts- und Universitätspolitik informierend und orientierend mitgestalten.
- Der Bund soll, im Sinne einer Dauerbeobachtung, den Aufbau einer umfassenden, wissenschaftlich fundierten, öffentlichen **Erkenntnisbasis** (*knowledge base*) über Stand, Entwicklung, Dynamik und Organisation der Wissenschaft, ihrer Zweige und Disziplinen in der Schweiz, vorantreiben und finanzieren. Ansätze bestehen auch hier bereits, sie sollen konsolidiert, koordiniert, vertieft und erweitert werden.
- Damit verbunden muss der Bund auch in Sachen **Qualitätsevaluation, -sicherung und -förderung** federführend und koordinierend mit den Hochschulen und andern

Wissenschaftsbetrieben mitwirken. Die Gründung eines den Hochschulen, den Kantonen, den Akademien und dem Bund gemeinsamen *think tanks* in diesem Bereich ist dringlich zu fördern und zu finanzieren.

VI Die Vertretung der Sozialwissenschaften

Der Wissenschaftspolitische Rat der Sozialwissenschaften setzt sich aus Präsidenten der jeweiligen wissenschaftlichen Gesellschaften oder ausschlaggebenden Mitgliedern ihrer Vorstände zusammen. Er vertritt diesen Wissenschaftszweig in Sachen Wissenschafts- und Universitätspolitik. Die hier vorgebrachten Vorschläge entstanden in einer eingehenden Diskussion und geniessen einen hohen Konsensgrad im Rat, der auch gewillt ist an ihrer weiteren Behandlung teilzunehmen. Der Rat erwartet auch von den wissenschaftspolitischen Instanzen, bei der Gestaltung der Massnahmen zur Entwicklung der Sozialwissenschaften als repräsentativer Gesprächspartner aktiv miteinbezogen zu werden.

September 2001

Kontaktadressen:

Prof. Walo Hutmacher, Präsident des WPR bis 30. Sept. 2001
74 square de Montchoisy, CH-1207 Genève,
Tel. +41 (0)22 786 76 26, e-mail: walo.hutmacher@pse.unige.ch

Prof. Ulrich Klöti, Präsident des WPR ab 1. Okt. 2001
University of Zürich, Department of Political Science, Karl Schmid-Str. 4, CH-8006 Zurich,
Tel. +41 (0)1 634 38 41, e-mail : ukloeti@pwi.unizh.ch

Dr. Markus Zürcher, Sekretär des WPR,
Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, Hirschengraben 11, CH-3001 Bern,
Tel +41-(0)31 311 33 76, eMail : mzuercher@sagw.unibe.ch